

Herausforderungen für den Bundestag

VON GREGOR MAYNTZ

Die Konstituierung des 20. Deutschen Bundestages markiert die Stabilität des politischen Systems. Weder Bonn noch Berlin sind Weimar geworden. Die Basis des Gelingens ist derzeit wieder zu besichtigen: Der faire Machtwechsel, getragen von einer breiten demokratischen Wählerschaft und begleitet von einer Gemeinsamkeit der Demokraten, im Parlament um die überzeugenderen Konzepte und neue Mehrheiten zu ringen.

Doch 20 Wahlperioden in Folge verleiten zu viele Deutsche zu der Annahme, die Demokratie sei unumstößlich gesichert. Tatsächlich sind die Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie gewachsen. Demokratie bleibt nur, wenn Demokraten an ihr arbeiten. Jeden Tag.

Die große, übergreifende Debatte wird immer wieder von aufgepeitschtem Streit ersetzt, in dem einzelne Gruppen nur noch ihre eigene Meinung gelten lassen. Deshalb war es gut, dass der scheidende Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und seine Nachfolgerin Bärbel Bas die Vorbildfunktion des Bundestages herausgestellt haben. In einer Zeit, in der immer weniger Menschen andere Meinungen ertragen mögen, muss die Debatte im Parlament die Möglichkeit freier Meinungsbildung vorführen. Längst befindet sich die Welt in einem Systemwettbewerb.

China hält den Kommunismus für überlegen, setzt die repräsentative Demokratie zunehmend unter Druck. Bezeichnend ist, dass der Bundestag nun die größte Volksvertretung nach dem chinesischen Volkskongress ist, weil die deutschen Parlamentarier nicht in der Lage waren, sich auf ein vernünftiges Wahlrecht zu verständigen. Der 20. Bundestag wird das schnell angehen und lösen müssen, wenn er den Lackmustrtest des Demokratieerhalts bestehen will.

BERICHT DAS ENDE EINER ÄRA, TITELSEITE

Im Fall Joshua Kimmich liegt eine Chance

VON JULIA RATHCKE

Ob MeToo, Rassismus oder Corona – die Zeiten der Enthaltung bei großen gesellschaftspolitischen Themen ist in der Welt der Prominenten schon länger vorbei. Und das ist auch gut so. So auch bei Bayern-Star Joshua Kimmich, der zusammen mit seinem Teamkollegen Leon Goretzka im März 2020 die Initiative „We kick Corona“ ins Leben gerufen und seither 6,6 Millionen Euro Spenden für karitative Zwecke gesammelt hat.

Nun hat Kimmich bei vielen an Ansehen verloren, weil herauskam, dass er sich selbst bislang gegen eine Impfung entschieden hat – aus „Bedenken, gerade, was fehlende Langzeitstudien angeht“, wie er sagt. Aber: Sein Engagement schmälert dies keineswegs. „We kick Corona“ ist gestartet, als eine Impfung noch lange nicht in Sicht war. Es ging um Geld (nicht um gesundheitliche Aufklärung), wovon Hunderte Projekte und Einrichtungen profitiert haben, die es sonst wohl gar nicht mehr gäbe. Kimmichs persönlicher Impfstatus beschädigt auch seine Vorbildrolle (noch) nicht. Zwar muss er sich fragen lassen, wie glaubwürdig sein Kampf gegen Corona ist, wenn er die wirksamste Waffe gegen das Virus ungenutzt lässt. Seine Erklärung aber legt offen, was bei vielen hineinspielt: Unsicherheit durch Uninformiertheit. Kimmich ist kein Corona-Leugner, er ist ein Impfskeptiker, und damit nicht allein.

Ein Drittel aller Deutschen (inklusive Kinder) ist noch ungeimpft. Ob und in welchem Maß sich das noch ändert, hängt maßgeblich an den anderen. Häme und Besserwisserei helfen nicht. Lässt Kimmich sich unter Druck impfen, gäbe das nur den Verschwörungsgläubigen Futter. Einen Impfpflicht darf es nicht geben, eine Informationspflicht zur Impfung aber wäre hilfreich, zumindest für Berufssportler. Die Causa Kimmich kann eine Chance sein, den richtigen Umgang mit Ungeimpften zu demonstrieren: vor allem mit Aufklärung.

BERICHT STIKO-VORSITZENDER NIMMT KIMMICH IN SCHUTZ, SPORT

Impressum RP



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Konfuzius-Institute fördern den kulturellen Transfer von China nach Deutschland. Der Bedarf dafür ist groß, doch neutral sind die Institute nicht. Der Eklat um eine Lesung an der Uni Duisburg-Essen mahnt zu mehr Distanz.

Falsche Arglosigkeit gegenüber China

VON DOROTHEE KRINGS

China sei ein schlafender Löwe, den man besser schlafen lasse, weil er sonst die Welt verrücke. Napoleon wird dieses Zitat in den Mund gelegt. Ob der französische Herrscher tatsächlich bereits im 19. Jahrhundert diese Weitsicht besaß, ist nicht gesichert, doch die Prognose ist eingetreten. Als Wirtschaftsmacht ist China dabei, globale Schwerpunkte neu zu setzen. Das verändert Selbstbewusstsein und Selbstbild der Regierenden des Landes – und ihr Auftreten in der Welt.

All das spielt hinein in die vorläufige Absage einer Lesung an der Uni Duisburg-Essen. Die Journalisten Stefan Aust, Herausgeber der Zeitung „Die Welt“, und Adrian Geiges haben eine Biografie über Chinas Staatschef Xi Jinping geschrieben. An diesem Mittwochabend werden sie das Buch an der Uni Duisburg-Essen online vorstellen – allerdings mit neuem Gastgeber. Die eigentlichen Veranstalter, die Konfuzius-Institute Metropole Ruhr und Hannover, hatten die Lesung zunächst abgesagt – auf Druck aus Peking. Als Begründung war zu hören, China wolle nicht, dass über den Staatspräsidenten als gewöhnlichen Menschen diskutiert werde, vielmehr sei er „unbesprechbar“. Um den Staatsführer scheint es inzwischen einen offenen Personenkult zu geben.

Auch darum geht es im Buch von Stefan Aust. „Da ist ein Wandel im Gange, der auch wegen Corona weitgehend unbemerkt geblieben ist“, sagt Aust. Das Klima in China habe sich gewaltig verändert. Damit diese Sichtweise in Deutschland doch Gehör findet, lädt nun also das Ostasieninstitut der Uni Duisburg-Essen selbst zur Lesung ein. Der Vorfalle lenkt den Blick auf die schwierige Rolle der chinesischen Kulturinstitute hierzulande – und auf den teils zu arglosen Umgang mit ihnen. E-

nerseits sind sie wichtige Partner für den kulturellen Transfer aus China und bieten in vielen Städten Sprachkurse an – auch in Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen. Natürlich ist authentisches Wissen kostbar, und der Kontakt von Mensch zu Mensch wertvoll gerade wegen der Systemunterschiede. Doch sind die Konfuzius-Institute eben keineswegs neutral, sondern werden von einer Unterabteilung des Bildungsministeriums finanziert und gezielt zur Außendarstellung genutzt. Wenn Konfuzius-Institute also etwa mit den Goethe-Instituten gleichgesetzt werden, führt das in die Irre. Die werden zwar auch vom Staat bezahlt, aber es gibt eben keine Zensur, wenn deutsche Künstler im Auftrag des Außenministeriums in andere Länder reisen und sich dort kritisch äußern – auch über das eigene Land.

Allerdings scheint es in Deutschland eine gewisse Naivität zu geben, wenn es um „kulturellen Austausch“ geht. Allein das Wort suggeriert Augenhöhe, und Kultur wird gemeinhin als eine Art Kitt verstanden, der Menschen auch über ideologische Grenzen hinweg verbindet. Gerade Deutschland scheint mit seinem Bemühen, als offenes, dialogbereites Land dazustehen, anfällig für eine solche Sicht. Das hat auf anderem Gebiet der jahrelang zu unkritische Umgang mit der Türkisch-Islamische Union DİTİB gezeigt, die in der Türkei ausgebildete und von dort bezahlte Imame nach Deutschland holt. Dass die Türkei darüber auch Einfluss nimmt, wollte lange Zeit kaum jemand hören.

Die enge Zusammenarbeit einiger deutscher Hochschulen mit den chinesischen Instituten wird ebenfalls seit Jahren kritisiert – mit begrenzter Wirkung. „Unsere Hinweise auf Abhängigkeiten der Konfuzius-Institute vom politischen Wohlwollen der Kommunistischen Partei haben die Direkto-

INFO

Macht, Personenkult und Alleinherrschaft

Autor Stefan Aust ist Journalist und Autor. Er war von 1994 bis 2008 Chefredakteur vom „Spiegel“, seit 2014 ist er Herausgeber der „Welt“ und war bis September 2016 auch ihr Chefredakteur. Seit 1. Januar 2016 ist er Chefredakteur der „Welt N24“-Gruppe.

Buch Gemeinsam mit Adrian Geiges hat Aust das Buch „Xi Jinping – der mächtigste Mann der Welt“ geschrieben, erschienen im Piper-Verlag. Die Autoren liefern mit ihrer Biografie eine Analyse über Macht, Personenkult und Alleinherrschaft des lächelnden Unbekannten.

Konfuzius-Institute Offizielles Ziel der staatlichen chinesischen Bildungsorganisation ist, die chinesische Sprache und Kultur zu fördern. Die Institute arbeiten mit lokalen Partnerhochschulen und Universitäten auf der ganzen Welt zusammen.

Lesung Für die nun doch stattfindende Lesung wird die Uni Duisburg-Essen einen Einwahl-Link auf ihre Website veröffentlichen. Die Universität in Hannover möchte dagegen einen neuen Termin ansetzen.

www.uni-due.de



Stefan Aust ist Mitautor des Buchs über Xi Jinping. FOTO: DPA

ren bisher empört von sich gewiesen“, sagt der FDP-Politiker Jens Brandenburg. Nun sei die politische Zensur aber unübersehbar: „Im eigenen Land lässt das chinesische Regime seine Kritiker gnadenlos verfolgen und niederprügeln. Gleichzeitig erhält es an den Konfuzius-Instituten eine öffentliche Plattform und großzügige Infrastruktur, die sie gezielt für ihre Propagandastategie nutzt.“ Das chinesische Regime habe sich einen direkten Zugriff auf die Lehrmaterialien und die Schulung chinesischer Lehrkräfte an den Instituten gesichert: „Die politische Zensur durch die Kommunistische Partei ist ein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen.“

Allerdings zeigt der Fall in Duisburg auch, dass sich deutsche Hochschulen gegen Einfluss wehren. Zum einen hat sich die Uni Duisburg-Essen das Recht nicht nehmen lassen, die Lesung nun eben im Alleingang anzubieten. Zum anderen hat einer der Direktoren des Konfuzius-Instituts Metropole Ruhr, der in Duisburg lehrende Professor Markus Taube, deutlich gegen die Einflussnahme Pekings Stellung bezogen. Das Institut wird von der Uni und Stadt Duisburg sowie einer Universität in Wuhan finanziert. Bisher habe man in gutem Einvernehmen an der Mission gearbeitet, ein realistisches Bild von China zu zeichnen. Es gebe eine „massive Firewall“ zwischen Einflussversuchen aus China und deutschen Universitäten.

Allerdings definiert jede Hochschule bisher selbst, wie viel Distanz sie zu den Konfuzius-Instituten einnimmt. Während etwa die Heinrich-Heine-Uni in Düsseldorf die Verträge zur Zusammenarbeit bereits 2016 kündigte, gibt es in Hannover eine „Interdisziplinäre Studienbeschleunigung China-Kompetenz“, die vom Leibniz-Konfuzius-Institut mitentwickelt wurde. Zum Angebot gehören Sprachkurse und Seminare, die den Studierenden auch Leistungsnachweise bringen. Thema im Wintersemester: „China im 20. und 21. Jahrhundert: Fakten, Mythen, Narrative“.

WISSENSDRANG

Die Verhandlungen zwischen den Parteien über Kernfragen der künftigen Politik werfen die Frage auf, wie man politische Probleme demokratisch lösen kann – aber zugleich so, dass die beste Lösung herauskommt. Oder jedenfalls eine Lösung, die für die meisten Bürger als die vernünftigste erkennbar ist. Beides gelingt in unserer Parteiendemokratie nicht optimal. Viele Menschen fühlen sich von Parteipolitikern ohne andere Berufserfahrung nicht wirklich repräsentiert. Da sie Grund zur Annahme haben, dass Politiker vor allem auf mächtige Gruppen in ihrer Partei Rücksicht nehmen, halten sie die Kompromisse auch nicht für die sachlich beste Lösung. In Irland hat man auf dieses Problem 2016 mit der Einführung der Bürger-

Das Kollektiv ist überlegen

Auch der schlaueste Experte konzentriert sich nur auf einen Teil der Problemlage.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

versammlung reagiert. Die 99 Mitglieder werden zufällig ausgewählt und diskutieren konfliktträchtige Kernthemen wie Abtreibung, die Finanzierung der Rente oder den Klimawandel. Dann empfehlen Sie der Regierung eine Lösung. Der irische Bürgerrat hat so eine grundlegende Änderung der Abtreibungspolitik herbeigeführt, die von in dieser Frage zerstrittenen Gesellschaft akzeptiert wurde. Aber klingt das nicht verrückt? Wie sollen Laien zu einer sachgemäßen Lösung von Problemen gelangen können als Experten? Das fand schon Platon widersinnig. Er hätte eine Herrschaft der Philosophen und Philosophinnen der Demokratie vorgezogen. Aristoteles hingegen hatte durchschaut, wie es funktioniert: Auch wenn jeder einzelne

Lai die Dinge schlechter beurteilt als ein Experte, so wird aus der Gesamtheit der Laien im Rat doch ein besserer Richter. Auch der schlaueste Experte konzentriert sich nur auf einen Teil der Problemlage und ist voreingenommen. In einer Gruppe, in der man sich von Experten beraten lässt und sachorientiert argumentiert, werden die vielen blinden Flecke der individuellen Sichtweisen ausgeglichen. Die kollektive Intelligenz ist hier der Intelligenz des schlauen Individuums überlegen. Einen nationalen Bürgerrat könnten wir auch in Deutschland gebrauchen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.